

FDP Glarus folgt dem Gemeinderat

Die FDP ist für den Ausbau der Kalkfabrik und für die Abgabe von Bauland.

Der Vorstand der FDP Glarus hat die Geschäfte der Gemeindeversammlung Glarus vom 27. November beraten. Die Traktanden 4 und 5, bei welchen es um Überbauungspläne Gründen und Elggis Süd und damit um die Zukunft der Kalkfabrik Netstal geht, stellten den Schwerpunkt der Verhandlungen dar, teilt die Ortspartei mit. Präsident Roland Goethe berichtete, dass er sich zusammen mit Vertretern der bürgerlichen Parteien der Glarner Handelskammer und der Klimabewegung Glarus in der «Chalchi» vor Ort überzeugen durfte, dass die Kalkfabrik sehr gewissenhaft mit der Natur umgehe. Aber auch, dass Massnahmen beispielsweise zur CO₂-Reduktion getroffen werden, welche weit über die gesetzlichen Vorgaben hinausreichen. Ausserdem sei die Kalkfabrik Netstal AG ein bedeutender Arbeitgeber. Der FDP-Vorstand möchte diese Arbeitsplätze keinesfalls aufs Spiel setzen, weshalb er sich einstimmig hinter den Antrag des Gemeinderates stellt und den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Annahme dieser Traktanden empfiehlt.

Beispiel soll Schule machen

Die FDP Glarus unterstützt den Gemeinderat auch in Sachen Abgabe der Parzelle 1765 im Baurecht an die Baugenossenschaft Glarus. Insbesondere das Vorgehen zur Ermittlung des Projekts mittels Architekturwettbewerb mochte die Liberalen zu überzeugen. Die FDP habe in der Vergangenheit mehrfach bei der Planung gemeindeeigener Liegenschaften ein Konkurrenzverfahren verlangt. Sie sei überzeugt, dass dieses Beispiel nun Schule machen sollte.

Das Budget sei im Vorstand detailliert besprochen worden. Der anwesende Gemeindepräsident Christian Martin habe gewohnt sattelfest und überzeugend Auskunft zu den besprochenen Positionen gegeben. Im Zusammenhang mit der Budgetposition «Standplatz Gastronomie Volksgarten» weist die FDP darauf hin, dass die Partei vom Gemeinderat ein Betriebsreglement mit klaren Vorgaben betreffend Nutzung und Gestaltung erwarte. Und, dass der Standplatz zu marktüblichen Konditionen vermietet werde. Die budgetierte Investition werde als sinnvoll und realistisch betrachtet. Die FDP empfiehlt die Annahme des Budgets. (eing/red)